

Die französische Zeitung L'EXPRESS faßt zusammen:

„Die Bundesrepublik Deutschland weiß nicht mehr, zu welcher der zwei Welten sie gehört, von welcher sie mehr zu fürchten oder zu erwarten hat.“

Ausländische Stimmen zur deutschen Haltung nach Verhängung des Kriegsrechts in Polen

Die Kontroverse über den NATO-Nachrüstungsbeschluß, die Protestdemonstrationen der sogenannten Friedensbewegung in Westeuropa — vor allem in der Bundesrepublik Deutschland — und die andauernden Auseinandersetzungen über eine adäquate Lastenteilung im westlichen Bündnis hatten seit Monaten der amerikanischen Presse Anlaß gegeben, die Funktionsfähigkeit der NATO und vor allem die Solidarität der Westeuropäer kritisch zu beleuchten. Ohne Tabu wurde die Frage nach dem verbliebenen Wert der NATO gestellt.

Die Unfähigkeit der Bundesregierung, auf die Verhängung des Kriegsrechts in Polen angemessen zu reagieren, führte dazu, daß die Bündnistreue der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich in Frage gestellt wurde.

INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE:

„In der ersten Runde des mühseligen Ringens darum, die westliche Allianz davor zu bewahren, am Streit über die amerikanischen Sanktionen gegenüber der Sowjetunion

zu zerbrechen, wird Präsident Reagan den deutschen Bundeskanzler warnen: Der Westen darf es nicht zulassen, daß Moskau Polen dazu benutzt, das Bündnis zu spalten.“ (Rowland Evans und Robert Novak, 4. Januar 1982)

WASHINGTON POST:

„Die polnische Krise hat zu einer neuen und schmerzlichen Demonstration atlantischer Verwirrung geführt . . .

In einigen europäischen Kreisen wird behauptet, daß Reagan aus fadenscheinigen politischen oder diplomatischen Gründen gegenüber Polen überreagiere. Wir glauben nicht, daß das der Fall ist . . . Wir glauben vielmehr, daß einige Europäer zu wenig reagieren. Jedesmal, wenn es eine Krise gibt — Iran, Afghanistan, Naher Osten, Polen —, wird die atlantische Kluft etwas breiter.“

(AP, 4. Januar 1982)

WASHINGTON POST:

„Die Friedensbewegung, die derzeit Amerikas wichtigsten Verbündeten durchdringt, wird die Massendemonstrationen von 1981 aufgeben zugunsten von passivem Widerstand im Jahre 1982, dem ein Jahr später die gewaltsame Eroberung der NATO-Militäreinrichtungen folgen wird.“

(Januar 1982)

Der Bundesrepublik Deutschland wird die Rolle eines Vermittlers zwischen Ost und West abgesprochen. Wie der amerikanische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Arthur Burns, stellt auch die Presse in Amerika die Frage nach dem Sinn der Stationierung amerikanischer Truppen in Europa.

WASHINGTON POST:

„Wenn Deutschland, das Herzstück der NATO, sich in die Position des Vermittlers zwischen der Allianz und ihrem Gegner manövriert, was bleibt dann noch von dieser Allianz übrig?“

(George F. Will, 20. Dezember 1981)

WALL STREET JOURNAL:

„Es ist vollkommen zutreffend, was viele nachdenkliche Europäer behaupten: Amerika kann es sich nicht leisten, Europa in die sowjetische Hegemonie entgleiten zu lassen. Leider trifft auch zu, daß Amerika nicht mehr mächtig genug ist, Europa von jenem abschüssigen Abhang fernzuhalten, an dessen Ende auf Europa der Verlust der Freiheit wartet.“

(Walter Laqueur, 4. Januar 1982)

US NEWS & WORLD REPORT:

„Die Pazifisten könnten eines Tages bereuen, daß sie uns ihr ‚Yankee go home‘ entboten.“

(5. Januar 1982)

William Safire, einer der angesehensten amerikanischen Kolumnisten schrieb in der NEW YORK TIMES:

„Unser westdeutscher Verbündeter verrät eine alarmierende Toleranz für sowjetische Unterdrückung. Hoffentlich ist diese neue Schwäche nur eine vorübergehende Verirrung und wird nicht den US-Senat ermutigen, eine Resolution zum graduellen Rückzug amerikanischer Truppen aus Europa zu verabschieden.“

Im Stil einer Direktive an den Sicherheitsrat, wie er sie Präsident Reagan empfiehlt, fährt Safire fort:

„Ich habe angeordnet, nachprüfen zu lassen, ob es noch klug ist, eine symbolische US-Garnison in Berlin zu unterhalten. Genau wie wir uns hüten würden, westdeutsche Kooperation für selbstverständlich anzunehmen, so wollen wir keinen amerikanischen Stolperdraht in Berlin belassen, wenn das nicht gewürdigt wird.“

(26. Dezember 1981)

Die Berichterstattung der Medien über die Entwicklung in Polen, über die Reaktionen der NATO-Länder sowie über die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten verhängten Wirtschaftssanktionen gegenüber der Sowjetunion bzw. Polen ist in den USA außerordentlich umfangreich und kritisch gewesen. Im Zusammenhang mit dem Besuch von Bundeskanzler Schmidt in Washington konzentrierten sich zahlreiche Kommentare auf die Rolle der Bundesrepublik Deutschland im Bündnis sowie auf die persönliche Haltung des Kanzlers selbst.

WALL STREET JOURNAL:

„Deutschland hat sich effektiv auf die Seite der kommunistischen Generäle gestellt.“
(Dezember 1981)

INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE:

„Es gibt ganz sicher Sympathien für die Polen, die genau 37 Jahre nach der Beendigung der Besetzung polnischen Bodens durch die Nazis schon wieder unter einer neuen Militärdiktatur zu leiden haben. Aber es gibt auch ein spürbares Unbehagen innerhalb der westdeutschen Machtelite, die entweder die Regierungserklärungen abgibt, Gewerkschaften leitet oder zu Demonstrationen aufruft. Nach Ansicht dieser politischen Schicht stellen die Ereignisse in Polen eine große Gefahr für die Ostpolitik dar und für das, was von der Entspannung noch übrig geblieben ist...“

Die Gedankengänge der SPD-geführten Regierung und der öffentlichen Meinung scheinen sich in der stillschweigenden Auffassung zu treffen, daß jede direkte Sanktion gegen das polnische Militärregime, die Sowjetunion oder den Warschauer Pakt das Ende der 10jährigen Entspannungsperiode bedeuten würde, während der Westdeutschland seine Beziehungen mit Osteuropa verbessern und zu dessen wichtigstem Handelspartner werden konnte.“

(John Vinocur, 23. Dezember 1981)

NEW YORK TIMES:

„Die zahme westdeutsche Reaktion auf die Vorgänge in Polen ist ein beunruhigender Maßstab für die Risse im westlichen Bündnis. Die Deutschen können nicht länger vorgeben, daß ‚Cowboy Reagan‘ den kalten Krieg anheize. Die Amerikaner müssen sich beim Bemühen um eine Abstimmung der NATO-Politik bewußt werden, daß die Entspannung in deutschen Augen als ein mächtiges Hirngespinnst fortlebt. Allmählich aber werden diese Augen wieder auf die reale Welt gelenkt werden müssen . . .

Westdeutschlands besondere Auffassung vom Osten trat vor einiger Zeit zutage, als sich seine gegen Atomwaffen gerichtete Bewegung auf eine Verurteilung der NATO-Aufrüstung konzentrierte und dabei weitgehend den Beitrag der Sowjetunion zum Wettrüsten ignorierte. Kanzler Schmidt hat sich dieser Bewegung in der Vergangenheit widersetzt, hat jetzt aber deutlich Angst vor ihr.“

(27. Dezember 1981)

AMERICAN FORCES NETWORK:

„Ich halte es für sehr wichtig, daß sich die Deutschen darüber klar werden . . ., daß es hier nicht darum geht, was mit einem Land mit ungefähr 35 Millionen Einwohnern im Herzen Europas geschieht, sondern daß die Ereignisse sich auf die Zukunft des Ostblocks und das Ost-West-Verhältnis auswirken werden. Wenn die Lage in Polen in massive Unterdrückung ausartet, wenn es vielleicht sogar zu einer sowjetischen Intervention kommt, dann wird das der letzte Nagel im Sarg der deutschen Hoffnungen auf eine Wiedervereinigung sein. Die Deutschen sollten sich keine Illusionen dahingehend machen, daß die Ereignisse in Polen das Schicksal Deutschlands, vor allem dasjenige Ostdeutschlands, unberührt lassen (könnten).“

(Z. Brzinski, 5. Januar 1982)

Zur Haltung des Kanzlers in dieser Frage kommentierte die amerikanische Presse:

INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE:

„Am äußersten Ende der Gleichgültigkeit rangiert der brave alte Demokrat Helmut Schmidt. Er reiste ausgerechnet nach Ostdeutschland und betonte, daß nichts, was in Polen passieren könnte, so wichtig sei, daß es seinen geplanten Besuch bei seinen früheren Landsleuten berührt, die bisher noch nicht den Mut gezeigt haben, ihren Meistern zu trotzen, wie es die Polen tun.“

(William F. Buckley Jr., 23. Dezember 1981)

WASHINGTON POST:

„Die Reaktion von Schmidt gibt besonders zu denken. Vermutlich mangelt es dem Kanzler nicht an Sympathie für ‚Solidarität‘. Er begreift bestimmt die Rolle, die die USA spielen, um das europäische Gleichgewicht wahren zu helfen. Aber er schien abgelenkt zu sein. Die Verkündung des Kriegsrechts zog keine erkennbaren Kreise bei seinen Gesprächen mit seinem ostdeutschen Gegenpart. Er nimmt den Schaden nicht wahr, den das Kriegsrecht seinem Konzept der Entspannung mit dem Osten zugefügt

hat, oder zumindest kann man diesen Eindruck von Äußerungen gewinnen, die er in Florida getan hat . . .“

(AP, 4. Januar 1982)

WALL STREET JOURNAL:

„... Was ist das für ein Deutschland? ... Reagan sollte (Schmidt) fragen, warum er so vorsätzlich und öffentlich bestrebt war, seinen wichtigsten Verbündeten in Verlegenheit zu bringen und zu unterlaufen. Und vielleicht stellt Reagan die Frage, die sich im Innersten bei vielen Amerikanern erhebt: Sind amerikanische Soldaten in Deutschland weiter willkommen? Das Vorgehen Kanzler Schmidts war in jüngerer Zeit wirklich erschreckend, selbst wenn von dem Unterlaufen der Raketenstationierung abgesehen wird, um die er selbst nachgesucht hatte . . . Da gab es im November zuerst das Techtelmechtel mit Breschnew, bei dem es Herr Schmidt auf sich nahm, für die friedlichen Absichten der Russen zu bürgen und mehr als ein ‚Dolmetscher‘ zwischen den zwei Supermächten denn als ein Verbündeter aktiv zu werden . . . Schmidts Haltung gegenüber Moskau deutet auf eine demoralisierte Führung hin, die die Zukunft Westdeutschlands am ehesten noch als die eines finnlandisierten, industrialisierten Vasallen eines totalitären Imperiums sieht.“

(Reuter, dpa, ddp, AP, 5. Januar 1982)

WALL STREET JOURNAL:

„Polen verrät, daß die Entspannung — zumindest wie Herr Schmidt sie interpretiert — buchstäblich und im übertragenen Sinne bankrott ist. Sie hat zur sowjetischen Aggression und zu einem gefährlichen Schuldenberg geführt.“

(5. Januar 1982)

WASHINGTON POST:

„Es ist immer gut, Helmut Schmidt begrüßen zu können. Doch im letzten Monat hat der Kanzler sich und sein Land in eine schwierige Lage gebracht . . . Mr. Schmidt hat gewiß in vieler Hinsicht Immenses für die atlantische Solidarität geleistet. Aber was Polen angeht, so scheint er manchmal einer fernen Stimme zu lauschen, einer die ihm die Verfolgung rein deutscher Ziele nahelegt, daß die atlantische Solidarität vielleicht letztlich doch nicht im Interesse der Deutschen liegt. Seine nur nach Zögern bekundete Bereitschaft, die sowjetische Verantwortung beim Namen zu nennen, ist ein Teil dieses Gedächtnisschwundes.“

(6. Januar 1982)

Die Haltung der Bundesregierung sowie der sie tragenden Parteien in der Polen-Krise ist auch in den befreundeten westeuropäischen Staaten äußerst kritisch beleuchtet worden. Antideutsche Ressentiments mehrten sich nicht nur jenseits des Atlantik, sondern auch in Europa, besonders in Frankreich.

LE MONDE:

„Wo bleiben jetzt die zahllosen deutschen Massen, die noch vor wenigen Wochen in Bonn wie in West-Berlin, in Hamburg wie in Frankfurt ihre Friedensliebe skandierten

und ihre Abneigung gegenüber dem Rückgriff auf Waffengewalt zeigten? Offensichtlich scheint ihnen der Versuch der NATO, das militärische Gleichgewicht wiederherzustellen, weit dramatischer als das Schicksal des polnischen Volkes 'hier und heute'...

Die Bonner Regierung hat seit Sonntag ständig die Tragweite der Ereignisse in Polen verniedlicht...

Der Kanzler ist um so mehr geneigt, diesen Kurs beizubehalten, als er weiß, daß seine Partei hinsichtlich dieser Frage gespalten ist und er in diesem Punkt mit der immer mehr zutage tretenden Konkurrenz seines Vorgängers rechnen muß.

(Bernard Brigouleix, 20. Dezember 1981)

LE FIGARO:

„Die Bundesrepublik ist bereits finnlandisiert.“

(Dezember 1981)

L'EXPRESS:

Selbst wenn sie russische Panzer durch die Straßen Warschaus rollen sähen, die Deutschen würden sich um gemeinsame Repressalien des Westens gegen die Sowjetunion herumdrücken.

(Dezember 1981)

LE MONDE:

„Die schwache Reaktion des Westens auf die von Präsident Reagan gegen die Sowjetunion angekündigten Maßnahmen beunruhigt Washington, obwohl man hier keine Begeisterung von seiten der Alliierten erwartet hat. Die Haltung der Bundesrepublik ist jedoch für die Amerikaner besonders beunruhigend...

Seit der Verhängung des 'Kriegsrechts' in Warschau zeichnet sich die Regierung Schmidt durch übergroße Vorsicht bei der Verurteilung aus...

Aber wenn die Deutschen das Leiden und die Verzweiflung des polnischen Volkes gegen Gewinn und Verlust dieser Strategie aufrechnen, gehen sie auch gegenüber den Polen ein Risiko ein. Dieses Risiko läßt sich nicht im Kanzleistil ausdrücken und findet auch ganz gewiß kein Echo in Diplomatie oder Handel... Anonyme polnische Hände haben dieses Risiko auf ihre Weise ausgedrückt — selbst wenn diese Ohrfeige den Warschauer Militärs und ihren möglichen Hintermännern gilt —, indem sie auf offizielle Proklamationen, die in den Straßen aushängen, das deutsche Wort 'Bekanntmachung' schrieben, mit dem die unglückseligen Wehrmachtsbefehle während der Nazi-Herrschaft angingen.

(1. Januar 1982)

LE QUOTIDIEN DE PARIS:

„Vielleicht ist es schwierig für einen Deutschen, das Schicksal des Landes Polen zu bemitleiden, von dem er gewohnt ist, daß es von den Ketten deutscher Panzer umgepflügt wird...

Bei der Wahl zwischen der Ostpolitik und der atlantischen Solidarität hat sich Bonn für die Ostpolitik entschieden. Zwischen seinen nationalen Interessen und seinen Bindungen an die freie Welt wählte die Bundesrepublik ihre nationalen Interessen.“
(Januar 1982)

L'EXPRESS:

„Die Bundesrepublik Deutschland weiß nicht mehr, zu welcher der zwei Welten sie gehört, von welcher sie mehr zu fürchten oder zu erwarten hat.“

(Raymond Aron, Januar 1982)

LE MONDE:

„Die von der Presse und Politikern in Deutschland offen an den Tag gelegte Skepsis ist bedauernswert. Regierungen sollten darauf bedacht sein, die wirtschaftlichen Interessen der Staaten zu wahren und bei ihren Beschlüssen daran zu denken. Das ist ihre Aufgabe. Deshalb sind sie aber noch lange nicht verpflichtet, ihre Schwäche offen zu zeigen, wie das der Regierungssprecher in Bonn getan hat, indem er die Verpflichtung der Bundesregierung zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der UdSSR verkündete.“

(6. Januar 1982)

LE FIGARO:

„Der Kanzler hat Reagan unfreiwillig mehr oder weniger die Macht gegeben, über einen Regierungswechsel in Bonn zu entscheiden. Schmidt hat versprochen, im Fall der Unterbrechung oder des Scheiterns der Genfer Gespräche zurückzutreten. Durch die Versicherung, daß der Dialog in Genf weitergeht, hat der US-Präsident Schmidt einen Aufschub gegeben. Man darf nicht vergessen, daß die Presse in den USA zum ersten Mal geschrieben hat, ein Regierungswechsel in Bonn sei für Washington und das Bündnis eine gute Sache.“

(6. Januar 1982)

LE QUOTIDIEN DE PARIS:

„Die Bundesrepublik tanzt mit einer auffälligen Neigung, jeden Vorschlag oder jede Initiative abzulehnen, die Moskau mißfallen und daher einen Schatten über die Öffnung zum Osten werden könnten, aus der Reihe.“

(6. Januar 1982)

Zur Rolle des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt schreibt

LE NOUVEL OBSERVATEUR:

Als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale sei Brandt zuerst „sprachlos“ gewesen, dann habe er den demokratischen Sozialisten die These von einer „innerpolitischen Krise“ aufgetrocknet.

„Man kann es nicht fassen: Der Mann, der mutig gegen den Nazismus gekämpft hat, der sich für die spanischen Republikaner eingesetzt hat, der in Warschau auf die Knie gefallen ist, um Verzeihung für die Verbrechen der Herren des Dritten Reiches zu su-

chen, findet kein Wort der Verdammung für die gegenwärtigen Henker des polnischen Volkes.“

(Januar 1982)

Auch die Presse in Großbritannien erkennt in der Haltung der Bundesregierung zur Polenkrise keinen Beitrag zur atlantischen Solidarität und sieht das Bündnis auseinanderdriften.

THE TIMES:

„Präsident Reagan ist im Recht, wenn er jetzt Maßnahmen gegen Polen ergreift, die Westdeutschen sind im Unrecht, wenn sie zögern. Nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan konnten die Westdeutschen noch argumentieren, daß die europäische Entspannung um ihrer selbst willen bewahrt bleiben sollte und daß Afghanistan ein regionales Problem sei, das auf regionaler Basis gelöst werden müsse. Sie sollten jetzt erkennen, daß, wenn (in Polen) der Unterdrückung freie Hand gegeben wird, die Entspannung ohnehin nicht überdauern wird.“

(27. Dezember 1981)

DAILY EXPRESS:

„Es ist nicht das erste Mal, daß Westdeutschland sich vom Westen zurückzieht.“

(Januar 1982)

THE OBSERVER:

„Westdeutschland und die Vereinigten Staaten bewegen sich auseinander, ebenso unbittlich wie die Kontinentalverschiebung. Polen hat diesen Graben nur plötzlich weiter aufgerissen, wie es jede der letzten Krisen getan hat. In Washington haben Kanzler Schmidt und Präsident Reagan in der letzten Woche ihre Differenzen darüber, was in bezug auf Polen zu tun sei, nur übertüncht. Die Abdrift aber ist Teil eines langsamen Aufbrechens der europäischen Allianzen . . .“

(10. Januar 1982)

DAILY EXPRESS:

„Die Reaktion Westeuropas auf die polnische Tragödie und Krise war schwach. Von der Bundesrepublik Deutschland angeführt, war es darauf bedacht, sich an der Entspannungspolitik festzuklammern. Langsam aber unaufhaltsam scheint Westeuropa — vor die Wahl zwischen Entspannung und das amerikanische Bündnis gestellt — jedoch zu erkennen, wo seine wahren Interessen liegen: Bei den USA, bei der Loslösung von der Entspannungspolitik, bei der Freiheit, bei den Polen.“

(11. Januar 1982)